

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 214.

Dienstag, 16. September 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsrer Zeiger frei Haus oder bei Abschaltung am Posthalter vierstündlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Bildern wird nicht übernommen. Preis für die 48 km breite, 3 mm hohe Gründigkeitssäge (7 Silber) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; zeitraubender und teuerbarischer Gas 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgesühne 20 Pf. jede Karte. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Beitrag vorfällt, durch Post eingezogen werden muss oder der Abtraggeber im Konturs gerät. Sitzungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzeitige Unterhaltungsbüro, Träger an der Elbe. -- Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verleihungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Wissenschafts-„Genickstarre“-Serum mit der Kontrollnummer 28 „dreiundzwanzig“ aus der Chemischen Fabrik C. Merck in Darmstadt ist wegen Abschwächung zur Eingabe bestimmt worden.

Dresden, am 9. September 1919.

Ministerium des Innern.

1581 IV M

10070

Nachdem die Bekanntmachung des Reichskommissars für Nahrungsversorgung über die Festlegung von Preisen für Süßwasserfische vom 7. Februar 1918 außer Kraft gesetzt worden ist, werden die mit Bekanntmachung vom 17. Mai 1918 für den Markt der Amtshauptmannschaft einschließlich der Stadt Großenhain festgesetzten Höchstpreise für Süßwasserfische aufgehoben.

Großenhain, am 13. September 1919.

908 b V. Die Amtshauptmannschaft und der Stadtrat zu Großenhain.

### Gemeindeeinkommensteuer in Gröba.

Die Bezahlung des 1. Termins Gemeindeeinkommensteuer 1919 wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Gröba (Elbe), am 12. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Landesversammlung der sächsischen Mehrheitssozialisten.

In den Montagsverhandlungen stand die am Sonntag begonnene Debatte ihre Fortsetzung. Voigt-Elster-Chemnitz bemängelte die Gleichgültigkeit, die die Sozialdemokraten in ihren eigenen Versammlungen den Angriffen der Unabhängigen gegenüber an den Tag legten und trat für absolute Pressefreiheit ein. Werner beantragte er mit anderen Delegierten, dass die Landesversammlung der S. P. Sachsen als höchste Instanz von der U. S. P. Sachsen eine klare Antwort forderte, ob sie gewillt ist, unter Berücksichtigung ihrer Parteistärke und auf Grund des Erfurter Programms mit der S. P. Sachsen in eine Regierungsbildung einzutreten. Abg. Hellisch-Chemnitz befand sich als Gegner der Ausbildung der Volkskammer, weil ein Appell an das Volk Widerstand zu folge haben würde. Das Zusammengehen mit den Unabhängigen nannte er ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Demokraten münnten in die Regierung aufgenommen werden, „obwohl er sie hasst und sie nicht die besten Freunde wären.“ Werner kritisierte er unter Widerdruck und Beifall der Anwesenden die gestrige Rede des Volkskammerpräsidenten Bräuer, der die Enjür „Leidenschaft“ gibt. Die gleiche Erste von Zustimmung und Widerdruck war dem Redner bei seinen Ausführungen über die letzten Chemnitzer Vorfälle beschieden, wobei er ein mutiges Vorgehen gegen rechts, aber nicht gegen links einholte und behauptete, dass der Chemnitzer Richtung die Zukunft gehöre. Ein Zusammensetzen mit den Demokraten heißt Dreyhauer-Pauen für einen großen taktischen Fehler. Den gleichen Standpunkt vertrat Albermann-Chemnitz, der aber gleichzeitig ein Bekenntnis zur Chemnitzer Richtung vortrug. Minister Uhlig verwart den Standpunkt, nochmals bei den Unabhängigen zu betonen, da für unsere notwendige Realpolitik nur die Demokraten in Frage kämen. Parteivorstand Weiß-Berlin wunderte sich über den verfeindlichen Zug an dem Parteitag. Wer Politik treiben wolle, der müsse die Mehrheiten bereinnehmen, wo sie sich ihm bieten. Auch bei einem Antritt an die Demokraten würden die sozialdemokratischen Ziele nicht aufzugeben. Für eine Neuwahl in der gegenwärtigen, für die Sozialdemokratie ungünstigen Zeit, könne er sich nicht erwärmen. Dazu sei das Frühjahr, wo alle Arbeiter Beschäftigung haben würden, bedeutend günstiger. Minister Schwarzkopf wendete sich hierauf gegen eine nochmalige Ausforberung an die Unabhängigen. Aber auch die Demokraten hätten unerhörte Forberungen gestellt. Männer wie Abg. Günther-Plauen und Rösler-Leipziger wöhnen überhaupt nicht, was sie wollten. Und Demokraten wie der Abg. Weiß-Glückert-Leipzig seien Deutschnationale reinster Wasers. Auch beim Minister bat, wie seinen Darlegungen zu entnehmen war, die gestrige Rede Bräuers ebenfalls wie bei Hellisch keinen Anfang gefunden, dem in seiner Rede das Gefühl mit dem Verstande durchgangen sei. Mit den Bräuerschen Gebäuengängen wäre es nicht möglich, in einer Volksversammlung zu Worte zu kommen. Unter Zustimmung der Versammlungen steht er eine Einigung mit dem Südblock der Unabhängigen nicht für möglich, wohl aber mit der unabhängigen Wählerlichkeit. Es werde zu wenig Agitation getrieben, deren Ziel ein Zusammenschluss aller Sozialdemokraten sein müsse. Nachdem noch Grenz-Leipzig für den Antrag des Landesvorstandes, der bekanntlich eine Einigung mit den Demokraten erfordert und als erste Unterschrift den Namen Schumann trägt, eingetreten war, suchte auch Sindermann noch einmal die Situation für diesen Antrag zu retten. Sein Bebauern sprach er darüber aus, dass von 7 Volkskammer-Abgeordneten (Castan, Graupe, Zwahr, Schleicher, Schenck, Wilke, Müller) inzwischen der folgende Antrag eingebracht worden war:

Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsen erklärt, dass die Bildung der Landesregierung nach parlamentarisch demokratischen Grundlagen zu erfolgen hat. Die Fraktion wird beantragt, nochmals zu diesem Zwecke mit den Parteien Übereinstimmung zu nehmen. Nehmen es die Unabhängigen nach wie vor ab, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus mit uns zu arbeiten, so ist eine Regierungsbildung mit dieser Partei unmöglich. Ist eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen Demokraten nur möglich unter Verleugnung unserer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsgrundätze, so ist an die Entscheidung des Landes zu appellieren.

Für die Erhaltung eines rein sozialdemokratischen Ministeriums trat Minister-Chemnitz ein und verwari so, wodurch einen Antritt an die Unabhängigen als auch an die

Demokraten. Schumann wusch sich rein von dem Verdacht, dass seine Neigung zu den Demokraten vom Hah gegen die Unabhängigen diktiert sei. Im weiteren Verlaufe der Debatte, die gegen 4 Uhr nachmittags auf Antrag geschlossen wurde, betonte Abg. Castan bei Begründung seines Antrages ausdrücklich, dass dieser vor allem einem bedingungslosen Antritt an die Demokraten vorbehalten wolle. Mit dem Schlusswort legte sich Abg. Sindermann immer noch einmal begeistert und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für den Antrag Schumann ins Werk, wobei er selbst persönliche Angriffe gegen den Abg. Castan nicht scheute und mit allem Nachdruck betonte, dass wir vor einer furchtbaren Katastrophe ständen und um die Verantwortung nicht allein zu übernehmen, die Demokraten mit hineingezogen werden müssten. Die Ausführungen des Abg. Castan in Chemnitz, der dem Antragsteller Schumann entgegenstand, weil dessen Antrag bedingungslosen Eintritt in die Regierung fordert, beantwortete Schumann somit, dass er seinem Antritt den Zusatz angfügte: „falls sie bereit sind, im Sinne des Regierungsprogramms vom 20. März mitzuwirken.“ Die Abstimmung über den Antrag Schumann, der in unserem Bericht über die Sonntagsöffnung enthalten ist, ergab mit der gebrachten Erweiterung dessen Ablehnung mit 52 gegen 48 Stimmen. Dagegen stand der obige Antrag Castan mit 59 gegen 24 Stimmen zu seinem. Damit hatte sich eine Reihe weiterer Anträge erledigt. Der Antrag auf sofortige Ausdehnung des Belagerungszustandes wurde abgelehnt, da gegen ein Antrag auf Verhinderung von Doppelmandaten angenommen.

Mit der Besprechung von Organisationsänderungen, durch die namentlich eine engere Führung mit den Ortsgruppen und der Parteileitung herbeigeführt werden soll, standen die gestrigen Verhandlungen ihrem Abschluss, die auch noch am heutigen Dienstag, wie eigentlich nicht vorgesehen war, fortgesetzt werden.

Dem in vorstehendem Bericht über die Erledigung der Anträge bereits Gesagten sei noch folgendes nachzutragen: Der Antrag Schwarzenberg auf sofortige Auflösung des Belagerungszustandes sowie Beseitigung der Schuhhaft politisch Verdächtiger wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Riesa, die Volkskammerfraktion zu beauftragen, dass der über ganz Sachsen verhängte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird. Ein Antrag Gröba, eine Zentralstelle einzurichten, die die Wirkungen der Regierungsvorordnungen in der Bevölkerung beobachtet und Material für alle Maßnahmen der Regierung sammelt, wurde angenommen. Ein Antrag Niederrußendorf, den scharfen Ton der sozialdemokratischen Presse gegen die Unabhängigen und Kommunisten zu untersuchen, wurde abgelehnt, ebenso zwei Anträge Bayen, die Parteipresse zu dezentralisieren durch Errichtung von Lokalblättern und den Landesvorstand zu beauftragen, bei den zuständigen Stellen darin zu wirken, als Entschuldigungsgrund für Nichtausübung eines Mandats nur Erkrankung gelten zu lassen und die Häusung von Kämpfern und Mandaten zu untersagen. Angenommen wurde ein Antrag Meihen, mehr als bisher Flugblätter politischen Inhalts herauszugeben und Doppelmandate für die Zukunft zu verhindern.

Die Leipz. R. R. sehen in der Annahme des Antrages Castan einen Sieg der sogen. Novembersozialisten über die alten Praktiken der Partei. Das Blatt schreibt: „Man hat dabei die Beobachtung machen können, dass die Mitglieder der Partei, die bereits über eine längere politische Erfahrung verfügen, oder die als Minister tätig waren, dass die politische Praxis ein Mosaikbild von Kompromissen zu sein pflegt, für ein Zusammensetzen mit dem Bürgerium eingetragen sind, wie auch sogar Wirtschaftsminister Schwartz erklärt, wenn man nach demokratischen Grundzügen verfahren wolle, so müsste man eigentlich nach dem Verhältnis aller Parteien zur Regierungsbildung heranziehen, während der jüngste Nachdruck der Partei, und ganz besonders die Mitglieder der Partei, die erst seit Beginn der Revolution und mit dem Fall des Kaisers auf die Autorität der früheren Regierung die Möglichkeit gefunden haben, sich offen zu sozialistischen Grundzügen zu befreien und sich der Partei anzuschließen, eine radikale Auffassung zum Ausdruck gebracht und die Forderung einer Heranziehung der U. S. P. verlochten haben.“ Am Schluss seiner Ausführungen sagt das Blatt: „Ist einerseits zu hoffen, dass sie (die Novembersozialisten), die die Fehler und Fehlentwicklungen des alten Systems erkannt, durchsetzt und mit sich durchgerungen haben, die Partei verhindern werden, in diese selben Fehler einer regierenden und ihres Bestes sicherer Richtung verfallen wird, so ist auch zu erwarten, dass sie die Grenzlinie gegenüber dem Kapi-

### Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Einlagebücher gebührenfrei.

Kontrollmarken unentbehrlich.

Vermietung von Panzerschrauf-Schlüsselkästen.

Unentbehrliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).

Gemeindeverbands-Girokasse. Kostenlose Geldüberweisungen.

Verzinsung der Einlagen auf Girokontos nach Vereinbarung.

Gassenkunden: Jeden Werktag von 8—1 Uhr vormittags.

Sachsen und dem staatsverneinenden Kommunismus nicht verwischen lassen werden. Das freilich erst, nachdem sie selber die Kinderkraut eines jeden Kontrahenten, die Reizung zu einem eisernen Radikalismus, in sich überwunden haben. Auf solche Tendenzen wird es im Grunde genommen zurückzuführen sein, dass die Landesversammlung in Dresden doch noch eine Entscheidung angenommen hat, die die Partei auffordert, es noch einmal mit Verhandlungen mit den Unabhängigen wegen ihres Eintritts in die Regierung zu versuchen, und dass man die verständigen Mahnungen erfahrener Politiker wie Grubert, Sindermann und Uhlig überhört hat.“

Die „Dresden Nachrichten“ warnen zunächst davor, „dass das Bürgertum sich auf die Dauer die missachtende Behandlung als Magd des Sozialismus gefallen lässt“ und suchen sodann des näheren darzutun, „dass die Berachtung des Bürgertums im Grunde doch das eigentliche Leitmotiv der ganzen sozialistischen Auseinandersetzung bildet und die rechtssozialistische Regierung nach Verleumdung mit den Unabhängigen das staatliche Ideal des Sozialismus darstellt“. Weiter heißt es: „Man läuft sich widerwillig die bürgerliche Hölle gefallen, weil man ohne sie aus dem Chaos nicht herauskommen kann, fühlt sich aber im Herzen immer zu den Unabhängigen hingezogen.“ Die Wehrheitssozialdemokratie muss den moralischen Mut aufbringen, sich von den Unabhängigen förmlich loszulösen, sofern diese nicht aus eigener Initiative unter Preisgabe ihrer revolutionären Überzeugungsfähigkeiten den Antritt nach der mehrheitssozialistischen Seite vollziehen, und sich mit den bürgerlichen Parteien auf einer mittleren Linie positiver Schaffenstätigkeit in ehrlicher Nachbarschaft zusammenfinden. Das ist der einzige Weg zu unserer nationalen Gesundung. Wichtigt man an den hier dargelegten Grundsätzen die Stellung, welche die Dresdner Landesversammlung bei der Abstimmung an der Frage der Neubildung der Regierung eingenommen hat, so läuft sich leider nicht behaupten, dass die Aussichten auf ein vertrauensvolles Zusammenspielen zwischen Wehrheitssozialdemokratie und Bürgertum gestiegen seien. Den Kern der Sache bildet auch hier wieder das würdeloze Umwerben der Unabhängigen, die auf solche Weise fühllich in ihrem Machtdurst verstärkt werden, obwohl ihr tatsächlicher Anhang im Volle nur sehr gering ist. Kommt es im weiteren Verlauf der Dinge zu Neuwahlen in Sachsen, so hat das Bürgertum allen Grund, mit ruhiger Überzeugung in den Wahlkampf einzutreten.

### Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Brotgetreideableitung. Dem „Brotgetreide“ wird aus Elberfeld gemeldet: Wie von zuständiger Seite verlautet, gibt der augenblickliche Stand der Brotgetreideableitung zu den schwersten Befürchtungen Unrecht. Die tägliche Durchschnittsableitung erreicht kaum ein Schekel derjenigen des vorjährigen Jahres. Zum Teil ist dieser Mangel eine Folge der verpateten Hornerte. Andererseits dürfte er auch mit den hohen, den Landwirten aus der Hornerte erwachsenden Preisen im Zusammenhang stehen, die ihre ganze Tätigkeit daher dem Ausdruck des Hasses zuwenden. Infolgedessen tritt die Krise des Brotgetreides natürlich zurück. Auf diese Weise vermindern sich die schwachen Verstände des Landesgetreideamtes, so dass der völlige Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung, wenn es nicht gelingt, die tägliche Brotgetreideableitung auf täglich wenigstens 20- bis 30.000 Tonnen zu erhöhen, bevorsteht.

Im Münchener Geisel-Wordprozess beantragte der Staatsanwalt nach längeren Ausführungen jüngstes Urteil: Die Todesstrafe gegen die Angeklagten Fritz Seidl, Johann Blas, Schidelboer, Joepu Seidl, Heimann, Werner, Puerzel, Frehner, Hammes und Kitzbäumer; 15 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten Biell; 10 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten Kiel, Voigt, Huber und Schmitz und Freispruch für den Angeklagten Petermeier.

Die Danziger Frage. Da auf die Note der deutschen Regierung an die Entente vom 18. August, in der um Auskunft über das Schicksal des fünfzig Freikorates Danziger gebeten wurde, bisher eine Antwort noch nicht erfolgt ist, hat, wie die „Börsen Zeitung“ erzählt, Deutschland nunmehr eine Wohnung nach Bernau abgeben lassen.

Die vormalige deutsche Kronprinzessin bleibt nicht in Holland, sondern hat die Rückreise nach Deutschland angetreten. Nur eben in Waldenburg. Am Sonnabend ist es in Waldenburg zu Plünderungen verschiedener Geschäfte